Landkreis Oder-Spree

Der Landrat

Landkreis Oder-Spree
Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration
Breitscheidstraße 7
15848 Beeskow

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

nach der Richtlinie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen kommunaler Integrationsangebote (Integrationsbudget für die Integration von Migrantinnen und Migranten in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg)

1 Antragsteller/-in
(Name/ Bezeichnung)

(Anschrift: Straße, PLZ, Ort)

(Ansprechpartner/-in, Kontaktdaten)

Tel.:		Email:	

(Bankverbindung)

Kontoinhaber:			
IBAN:		BIC:	

2 Maßnahme
(Titel)

Durchführungszeitraum:	vom		bis	

3 Begründung zur Notwendigkeit und Beschreibung der Maßnahme (Ziele, Zielgruppe, Abläufe, Ort, Zusammenarbeit und Zusammenhang mit anderen Maßnahmen desselben Aufgabenbereiches, Nutzen usw.)

*(bitte Projektbeschreibung und Konzeption als **pdf-Datei** anhängen, wenn der Platz nicht reicht)*

4 Definition von Erfolgsindikatoren der Maßnahme, anhand derer das Projektziel gemessen werden kann

*(bitte als **pdf-Datei** anhängen, wenn der Platz nicht reicht)*

5 Begründung zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung der Maßnahme (u.a. Eigenmittel, Drittmittel, Förderhöhe usw.) sowie Begründung einzelner Kostenpositionen (u.a. Personal-, Sachkosten usw.)

*(bitte als **pdf-Datei** anhängen, wenn der Platz nicht reicht)*

6 Finanzierungsplan
(Kosten- und Finanzierungsplan)

	(Euro)
Gesamtkosten:	**- €**
davon Eigenanteil	
davon Drittmittel	
davon beantragte Zuwendung	

(Ausgabengliederung/ Kostenpositionen)		(Euro)
1.		
2.		
3.		
4.		
5.		
6.		
7.		
8.		
9.		
10.		
11.		
12.		
13.		
14.		
15.		
	Summe	**- €**

*(bitte als **xls-Datei** anhängen, wenn der Platz nicht reicht)*

7 Beantragen Sie die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns?

(Nein) ☐ (Ja) ☐ zum (Datum)

(Begründung zur Notwendigkeit des vorzeitigen Maßnahmebeginns)

*(bitte als **pdf-Datei** anhängen, wenn der Platz nicht reicht)*

8 Erklärungen

Der/ die Antragsteller/-in erklärt, dass:

8.1. mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides ohne vorherige Zustimmung der Bewilligungsbehörde nicht begonnen wird;

8.2. die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind;

8.3. unter Berücksichtigung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist;

8.4. eine ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert ist;

8.5. er/sie im Rahmen dieser Maßnahme zum Vorsteuerabzug ☐ nicht berechtigt ist ☐ berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer)

8.6. kein gleichlautender Zuwendungsantrag bei einer anderen Behörde gestellt wurde. Sofern Förderanträge für dasselbe Vorhaben an andere öffentliche Stellen gerichtet wurden, sind diese unter Punkt 6 "Drittmittel" entsprechend aufzuführen;

8.7. ihm/ihr bekannt ist, dass die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns keinen Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung begründet und ein vorzeitiger Maßnahmebeginn auf eigenes finanzielles Risiko des Antragstellers/der Antragstellerin erfolgt;

8.8. ihm/ihr die Auflagen der Richtlinie des MSGIV über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen kommunaler Integrationsangebote (Integrationsbudget für die Integration von Migrantinnen und Migranten in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg) bekannt sind und der Antrag entsprechend dieser Regelungen gestellt wird;

8.9. die Befürwortung der zuständigen Kommune (z.B. Stadt, Gemeinde) zur Durchführung der o.g. Maßnahme: ☐ beiliegt ☐ nicht beiliegt

8.10. ihm/ihr bekannt ist, dass er ohne Angabe von Gründen und ohne Rechtsnachteile von der unter Nr. 8.11. aufgeführten Einverständniserklärung absehen bzw. die Einwilligung jederzeit widerrufen kann;

8.11. er/sie damit einverstanden ist, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der zuständigen Stelle zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung gespeichert, erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden sind berechtigt, die Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschl. der Entscheidungsgründe den an der Finanzierung des Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union zur Verfügung zu stellen. Das Land Brandenburg ist berechtigt, die Daten und die Entscheidung über den Antrag nebst Gründen auf Anfrage an Dritte (z.B. Landtag, Presse) weiterzugeben sowie in eigenen Publikationen oder Presseerklärungen zu veröffentlichen.

(Ort, Datum)

(Name in Blockschrift, rechtsverbindliche Unterschrift und Stempel)